

NVwZ

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Redaktion:

Postfach 11 02 41
60037 Frankfurt a. M.

Telefon: (069) 75 60 91 - 57
Fax: (069) 75 60 91 - 49
E-Mail: nvwz@beck-frankfurt.de
Internet: www.nvwz.de

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Prof. Dr. Achim Schunder
Rechtsanwalt Dr. Johannes Heuschmid

Hinweise für Autoren

Stand: August 2023

I. Einsendungen

Manuskripte werden am einfachsten und kostengünstigsten als E-Mail-Anhang in einem bearbeitungsfähigen Format (am besten docx, **nicht** als pdf) an die obige E-Mail-Adresse der Redaktion gesandt.

II. Rechtschreibung und Gendern

Die NVwZ verwendet die neue deutsche Rechtschreibung.

Als juristischer Fachverlag muss sich der Verlag C.H.BECK an der Rechtssprache als normativer Vorgabe des Gesetzgebers orientieren. Dies bedingt zumeist die Form des generischen Maskulinums, wobei selbstverständlich der einmalige Hinweis darauf in einer **Fußnote** möglich ist, dass dies natürlich alle Geschlechter (m/w/d) gleichermaßen umfasst. Im Rahmen der Geschlechterdiversität kann dies bspw. durch die durchgehende Verwendung der männlichen und weiblichen Form (Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer) oder in Form akzeptierter uni-geschlechtlicher Formulierungen (Studierende etc.) erfolgen, sofern dadurch der juristische Sinn nicht verzerrt wird. Von der Verwendung von „:“, „*“, „/“ und „_“ etc. ist Abstand zu nehmen (vgl. Redaktionsrichtlinien des Verlages C.H.Beck vom 1.8.2021 Rn. 262).

III. Länge der Beiträge

Die Länge der Beiträge wird mit der Schriftleitung individuell vereinbart; hierbei gelten für die Zeichenzahl jeweils folgende Umfangsgrenzen (**inkl. Leerzeichen und Fußnoten**):

- Editorial max. 3.000
- Aufsatz max. 40.000
- Berichte max. 45.000
- Zur Rechtsprechung max. 25.000
- Kurzer Beitrag max. 25.000
- Forum max. 30.000
- Buchbesprechung max. 3.000
- Direktanmerkungen max. 10.000
- Online-Beiträge max. 80.000
- Tagungsberichte max. 15.000

IV. Formatierung

Manuskripte dürfen keine über das Übliche (z. B. **fett**, *kursiv*) hinausgehenden Formatierungen enthalten, insbesondere keine Textmarken, keine automatische Gliederung oder Nummerierung und keine Verlinkungen in den Fußnoten. Es dürfen keine Endnoten verwendet werden. Seitenzahlen sind überflüssig. Fett- und Kursivdruck sollten zurückhaltend genutzt werden.

V. Autorenzeile und Autorenhinweis („Sternchenfußnote“)

Die **Autorenzeile** enthält Beruf, akademischen Titel, nachgestellte Titel (z.B. LL.M.), sowie Vor- und Zuname des Autors (Professor / Rechtsanwalt Dr. Max Mustermann). Am Ende der Autorenzeile ist eine mit einem **Sternchen** versehene **Fußnote** anzubringen, in der das Berufsfeld des Autors oder Berufsbezeichnungen genannt werden. Danksagungen, Widmungen o.Ä. sind nicht zulässig.

Der Autor ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht an der Universität München.

Der Autor ist Rechtsanwalt in der Kanzlei Mustermann & Partner in Köln.

VI. Aufbau und Rubriken

Aufsätze und **Berichte** sollen mit einer prägnanten, kurz gehaltenen und substantivisch gebildeten **Überschrift** versehen werden; diese soll keine Abkürzungen enthalten und nach Möglichkeit ohne Bezug auf konkrete Vorschriften gebildet werden. Eine Unterüberschrift soll nur ausnahmsweise genutzt werden.

Aufsätzen und **Berichten** wird ein **Abstract** vorangestellt. Durch den prägnanten Vorspann von ca. 5 bis 10 Sätzen (max. 600 Zeichen inkl. Leerzeichen) soll der Leser auf den ersten Blick erkennen, worum es in dem Beitrag geht. Zudem sollen dort Bedeutung und Aktualität des Themas aufgezeigt werden (Anregung zum Weiterlesen). Abstracts enthalten **keine Fußnoten**. Zitate, die für das Verständnis des Vortextes unabdingbar sind, können ausnahmsweise in Klammern aufgenommen werden.

In der Rubrik **Forum** werden vor allem Beiträge abgedruckt, die eine rechtspolitische Grundlage haben. Format, Inhalt und Aufbau entsprechen dem Aufsatz.

Beiträge für die Rubrik **Zur Rechtsprechung** enthalten **kein** Abstract, sondern als ersten römischen Gliederungspunkt eine kurze **Einleitung**. Darin werden die Entscheidung bzw. die Entscheidungen benannt und knapp erläutert, worin ihre Bedeutung liegt. Der Beitrag sollte die Konsequenzen der Rechtsprechungsentwicklung für die Praxis möglichst konkret aufzeigen.

Der **Kurze Beitrag** – sozusagen der kleine, kurze Aufsatz – behandelt abgeschlossene aktuelle Themen. Er enthält **kein** Abstract, sondern als ersten römischen Gliederungspunkt eine kurze **Einleitung**.

Online-Aufsätze sind die ausführliche Aufsätze. In diesem Format können Themen behandelt werden, die aufgrund ihres Umfangs nicht in die Printausgabe passen. Neben dem originären Online-Aufsatz ist für die Printausgabe ein Teaser-Text (ca. 7.000 Zeichen inklusive Leerzeichen) einzureichen, in dem der Inhalt des Beitrages und die zentralen Thesen skizziert werden. In dem in der Printausgabe veröffentlichten Teaser-Text wird sodann auf den (ausführlichen) Online-Aufsatz verwiesen, der auf der Seite **www.nvwz.de** als pdf-Dokument veröffentlicht wird.

Alle vorgenannten Beitragstypen sollen am Ende eine kurze **Zusammenfassung**, ein **Fazit** oder einen **Ausblick** enthalten.

Tagungsberichte können ebenfalls in der NVwZ veröffentlicht werden. Aus der Überschrift soll sich der Name sowie das Thema der Tagung ergeben. Tagungsberichte enthalten keine Fußnoten; etwaige Zitate sind im Fließtext in Klammern zu setzen. Die Redaktion behält sich im Einzelfall vor, den Tagungsbericht auch in NVwZ-aktuell abzdrukken.

VII. Gliederung / Zwischenüberschriften

Jeder Beitrag muss gegliedert sein, so dass der Leser anhand der Zwischenüberschriften sofort erkennen kann, an welcher Stelle sich die Ausführungen zu der gerade ihn interessierenden Frage finden. Zwischenüberschriften sind in der Form „I., 1., a), aa) (1)“ einzufügen, und zwar halbfett in einer eigenen Zeile. Weitere Untergliederungen sind nicht vorgesehen.

I. Einleitung

1. Formelle Rechtmäßigkeit

a) Zuständigkeit

aa) Örtliche Zuständigkeit

(1)...

Schon aus optischen Gründen soll vermieden werden, Überschriften unmittelbar aufeinander folgen zu lassen, ohne dass ein Text dazwischensteht. Stattdessen bietet sich ein kurzer Überblick über die folgende Gliederungsebene oder zumindest ein einleitender Satz an.

VIII. Datumsangaben und Währungsbeträge

Datumsangaben werden ohne vorangestellte Null und ohne Leerzeichen geschrieben. Die Jahreszahl ist immer auszuschreiben. Der Monat wird immer durch eine Zahl wiedergegeben.

1.1.2022

Währungsbeträge enthalten „Tausender-Punkte“ (ab vierstelligen Zahlen), aber keine Abstände zwischen den Zahlen. Das Zeichen „€“ wird nicht verwandt, sondern die internationale Bezeichnung „EUR“.

1.000 EUR, 2.000.000 EUR

IX. Abkürzungen im Fließtext

Grundsätzlich enthält der Fließtext **keine Abkürzungen**. Ausnahmen:

- Gerichtsbezeichnungen (z. B. BVerfG, BVerwG, BGH, EuGH usw.).
- Gesetzesbezeichnungen, die im allgemeinen Sprachgebrauch abgekürzt gesprochen werden (z.B. GG, VwGO, VwVfG, BGB, StGB, ZPO, StPO usw.).
Andere Gesetzesbezeichnungen werden im Fließtext ausgeschreiben (z.B. Bundesverfassungsgerichtsgesetz, Bundespolizeigesetz usw.), soweit sie nicht in Verbindung mit einer Gesetzesangabe stehen (z.B. § 31 I BVerfGG, § 9 II 1 BPolG usw.). Weniger bekannte Gesetze werden im Fließtext zunächst ausgeschrieben; anschließend wird in Klammern die Abkürzung angefügt (z. B. Magnetschwebbahnplanungsgesetz (MBPLG)).

X. Zitierweise von Gesetzen

Paragrafen und Artikel werden mit arabischen Ziffern, Absätze mit römischen Ziffern, Sätze und Halbsätze mit arabischen Ziffern wiedergegeben.

§ 2 II 2 Hs. 2 BPolG
§ 28 I Nr. 2 Buchst. a BWPoIG
Art. 10 II 2 GG

Gesetze werden mit der **amtlichen Abkürzung** zitiert.

§ 42 VwGO
§ 3a I VwVfG

Hat der Gesetzgeber keine amtliche Abkürzung vorgegeben, so gilt die **gängige Abkürzung**.

Vorgenanntes gilt grundsätzlich auch für **Landesgesetze**.

Landesgesetze die mit der amtlichen Abkürzung zitiert werden:

§ 7 HBO
§ 17 ASOG Bln
§ 11 HSOG

In Fällen, in denen für **unterschiedliche Landesgesetze dieselbe amtliche Abkürzung** vergeben wurde, ist das jeweilige **Landeskürzel** aus der untenstehenden Tabelle **stets ohne Leerzeichen** dem zitierten Landesgesetz **voranzustellen**.

Bundesland	Landeskürzel
Baden-Württemberg	BW
Bayern	Bay
Berlin	Bln

Brandenburg	Bbg
Bremen	Brem
Hamburg	Hmb
Hessen	Hess
Mecklenburg-Vorpommern	MV
Niedersachsen	Nds
Nordrhein-Westfalen	NRW
Reinland-Pfalz	RhPf
Saarland	Saarl
Sachsen	Sächs
Sachsen-Anhalt	LSA
Schleswig-Holstein	SchlH
Thüringen	Thür

Landesgesetze mit vorangestelltem Landeskürzel:

- § 5 BbgPersVG
- § 5 BWLBG
- § 3 LSABauO

Die **Landesverfassungen** werden wie folgte abgekürzt:

Bundesland	zitierweise
Baden-Württemberg	BWVerf
Bayern	BayVerf
Berlin	BlnVerf
Brandenburg	BbgVerf
Bremen	BremVerf
Hamburg	HmbVerf
Hessen	HessVerf
Mecklenburg-Vorpommern	MVVerf
Niedersachsen	NdsVerf
Nordrhein-Westfalen	NRWVerf
Reinland-Pfalz	RhPfVerf
Saarland	SaarlVerf
Sachsen	SächsVerf
Sachsen-Anhalt	LSAVerf
Schleswig-Holstein	SchlHVerf
Thüringen	ThürVerf

Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse des **Unionsrechts** werden mit ihrer vollständigen Nummer unter Hinweis auf EWG, Euratom, EGKS, EG oder EU (bei Verordnungen in Klammern) gekennzeichnet. Der Jahrgang wird bei Zitaten bis 31.12.1998 mit zweistelliger, ab dem 1.1.1999 mit vierstelliger Jahreszahl angegeben. Bis **31.12.2014** stand ua bei Richtlinien und Beschlüssen ohne Gesetzescharakter die Jahreszahl vor der laufenden Nummer, wodurch der Zusatz „Nr.“ entfiel und das jeweilige Kürzel der erlassenden Institution (zB „EU, EG“) hintangestellt wurde.

VO (EWG) Nr. 1837/80

VO (EU) Nr. 573/2010

RL 95/2/EG

RL 2010/35/EU

Beschl. Nr. 284/2010/EU

Beschl. 2009/1006/EU

Für Rechtsakte, die ab dem **1.1.2015** erlassen wurden, gilt eine neue Zitierweise. Den in der Reihe L (I und II) im Amtsblatt der Europäischen Union (ABl.) veröffentlichten Dokumenten werden fortlaufende Nummern zugewiesen, wodurch ua die Zitierweisen von VO und RL angeglichen werden. Der Zusatz „Nr.“ entfällt und die Klammerzitierweise des jeweiligen Kürzels (zB „EU“) gilt für alle Rechtsakte.

Ab 1.1.2015:

VO (EU) 2015/1

RL (EU) 2015/2

Beschl. (EU, Euratom) 2015/3

Beschl. (GASP) 2015/4

XI. Zitierweise von Gerichten

1. Verwaltungsgerichtsbarkeit

Bundesverwaltungsgericht

BVerwG

Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe

Bundesland	zitierweise
Baden-Württemberg	VGH Mannheim
Bayern	VGH München
Berlin (Brandenburg)	OVG Berlin-Brandenburg (bis 30.6.2005 : OVG Berlin bzw. OVG Frankfurt (Oder))
Bremen	OVG Bremen
Hamburg	OVG Hamburg
Hessen	VGH Kassel
Mecklenburg-Vorpommern	OVG Greifswald
Niedersachsen	OVG Lüneburg
Nordrhein-Westfalen	OVG Münster
Reinland-Pfalz	OVG Koblenz
Saarland	OVG Saarlouis
Sachsen	OVG Bautzen
Sachsen-Anhalt	OVG Magdeburg
Schleswig-Holstein	OVG Schleswig
Thüringen	OVG Weimar

Verwaltungsgerichte

VG Frankfurt a.M. etc

2. Verfassungsgerichtsbarkeit

Bundesverfassungsgericht

BVerfG

Landesverfassungsgerichte/Staatsgerichtshöfe

Bundesland	zitierweise
Baden-Württemberg	StGH BW / ab 5.12.2015 : VerfGH BW
Bayern	BayVerfGH
Berlin	VerfGH Bln
Brandenburg	VerfG Bbg
Bremen	StGH Brem
Hamburg	HmbVerfG
Hessen	StGH Hess
Mecklenburg-Vorpommern	LVerfG MV
Niedersachsen	NdsStGH
Nordrhein-Westfalen	VerfGH NRW
Rheinland-Pfalz	VerfGH RhPf
Saarland	VerfGH Saarl
Sachsen	VerfGH Sachs
Sachsen-Anhalt	LVerfG LSA
Schleswig-Holstein	SchIHLVerfG
Thüringen	ThürVerfGH

XII. Fußnoten

Fußnoten sind sparsam zu verwenden. Sie haben eine Nachweisfunktion und dürfen grundsätzlich **keinen weiteren Text** enthalten. Der Fußnotenanteil eines Beitrags sollte 10% nicht überschreiten. Zudem ist bei der Auswahl der zitierten Literatur zu berücksichtigen, welche Werke den meisten Lesern zur Verfügung stehen. Fußnoten beginnen mit Großbuchstaben und enden immer mit einem Satzpunkt. Eine **Kursivsetzung** der **Autoren** in den Fußnoten findet **nicht** statt.

Im Übrigen wird in den Fußnoten wie folgt zitiert:

1. Gerichtsentscheidungen

Gerichtsentscheidungen werden unterschiedlich zitiert, abhängig von der Quelle ihrer Veröffentlichung:

a) Zitiert nach der amtlichen Sammlung bzw. nach ECLI

Rechtsprechungszitate sind zunächst auf ihre Veröffentlichung in der **amtlichen Sammlung** hin zu überprüfen. Zitate aus der amtlichen Sammlung stehen immer an erster Stelle.

Zusätzlich zu dem Nachweis aus der amtlichen Sammlung sollen die Parallelfundstellen – soweit vorhanden – aus Beck'schen Zeitschriften angegeben werden. **Entscheidungsart**, **Datum** und **Aktenzeichen** sind dabei grundsätzlich entbehrlich.

EuGH-Entscheidungen werden **mit Aktenzeichen**, **ECLI-Nummer** sowie dem **Entscheidungsnamen** versehen. Ähnliches gilt für Entscheidungen des **EGMR**, auch diese werden mit **Aktenzeichen**, **Entscheidungsnamen** und ggf. **ECLI-Nummer** zitiert.

BVerfGE 114, 121 = NVwZ 2022, 2669

BVerwGE 159, 149 Rn. 44 = NVwZ 2017, 1786.
EuGH C-673/16, ECLI:EU:C:2018:385 = NVwZ 2018, 1545 – Coman
EGMR 1258/03, ECHR 2009 Rn. 223 = NJW 2010, 1113 Rn. 13 –
Fritz/Deutschland
EGMR 1987, Serie A, Bd. 223 Rn. 13 = NVwZ 1987, 2346 – Mayer/Frankreich
EGMR 38010/05, ECLI:CE:ECHR:2016:0531JUD003801005 Rn. 43 –
Nadtoka/Russland

Die genaue **Seitenangabe** wird in Klammern ergänzt. Sofern eine konkrete **Randnummer** zitiert wird, erfolgt dies direkt im Anschluss an das Zitat aus der amtlichen Sammlung bzw. im Anschluss an das Erstzitat. In diesem Fall **unterbleibt** die Angabe einer konkreten Seitenzahl.

BVerfGE 139, 64 (113) = NVwZ 2015, 1047
BVerfGE 139, 64 Rn. 73 = NVwZ 2015, 1047
EuGH C-673/16, ECLI:EU:C:2018:385 Rn. 18 = NVwZ 2018, 1545 – Coman

b) Zitiert nach Fachzeitschriften

Die Fundstelle in der NVwZ oder NJW steht an erster Stelle.

BVerwG NVwZ 2015, 1540 (1541) = NZA 2015, 1234 (1235)
BVerwG NJW 2009, 2322 Rn. 17

c) Zitiert nach BeckRS

Entscheidungen, die in **keiner Fachzeitschrift** veröffentlicht sind, aber als BeckRS verfügbar sind, werden unter Angabe von Datum und Aktenzeichen wie folgt zitiert.

VGH München 10.12.2021 – 16a D 19.1155, BeckRS 2021, 41421
OLG Düsseldorf 27.1.2017 – 3 Ws 524/17, BeckRS 2017, 2764
EuGH 18.9.2019 – C-222/18, ECLI:EU:C:2019:751 = BeckRS 2019, 21353 –
VIPA
EGMR 14.10.2021 – 75031/13, BeckRS 2021, 30158 Rn. 17 – Kapa ua/Polen

d) Nicht veröffentlichte Entscheidungen

Nicht veröffentlichte Entscheidungen sind mit Datum und Aktenzeichen zu zitieren.

VG Hannover 7.11.2017 – 4 B 3921/17
EGMR 16.1.2022 – 1258/2021 Rn.19 – Fritz/Deutschland

Soll eine nicht veröffentlichte Entscheidung zitiert werden, so bitten wir, diese zusammen mit Ihrem Manuskript einzusenden, damit eine BeckRS-Fundstelle erstellt werden kann.

e) Entscheidungsketten

Sind mehrere Entscheidungen desselben Gerichts vorgesehen, so werden diese **ohne nochmalige** Anführung des Gerichts und ggf. der Zeitschrift durch Semikola getrennt aufgelistet. Diese Regelung gilt **nicht**, wenn auf die amtliche Sammlung und ihre Parallelfundstelle eine weitere Entscheidung desselben Gerichts folgt. In diesen Fällen wird – sofern es der Klarstellung dient – die Angabe des Gerichts und der Zeitschrift wiederholt. Ansonsten könnte unklar sein, ob sich die im Folgezitat genannte Fundstelle auf die im vorangegangenen Zitat zuerst genannte führende Fundstelle oder die Parallelfundstelle bezieht. Dies gilt insbesondere dann, wenn Zeitschriften als Parallelfundstellen zitiert sind. Zitatketten, die lediglich die sich sachlich wiederholende Entscheidung mit weiteren

Fundstellen belegen, sind unzulässig. Hier genügt es, die erste Entscheidung und die jüngste, diese bestätigende anzuführen. Bei mehreren Rechtsprechungszitaten ist nach der Hierarchie der Gerichte zu zitieren. Innerhalb der Hierarchie ist die jeweils jüngste Entscheidung als erste zu nennen.

BGH NJW 2017, 1518; 2017, 512; 2012, 2195
BGHZ 38, 369 (371) = NJW 1963, 709; BGH NJW 1952, 1171
BGH NJW 2017, 12; OLG Hamm NJW 2017, 33

f) Direktanmerkungen zu Entscheidungen werden mit Autoren- und kompletter Fundstellenangabe zitiert:

VGH München NVwZ 2022, 1386 mAnm Nitschke NVwZ 2022, 1390

Soll **nur** die **Anmerkung** zitiert werden, ist sie wie ein Aufsatz zu behandeln (s. Aufsätze).

2. Zeitschriften/Aufsätze

Aufsätze werden stets ohne den Titel des Aufsatzes zitiert. Angegeben werden neben der Zeitschrift das volle Erscheinungsjahr und die Anfangsseite; die konkret zitierte Seite wird ggf. in Klammern angefügt, Randnummernhinweise folgen ohne Klammern:

Schoch NVwZ 2022, 1 (6).
Kuznik NVwZ Online-Aufsatz 1/2023, 1 (4).
Graulich NVwZ-Beil. 2023, 27 ff.

3. Kommentare, Handbücher, Monografien und Lehrbücher

Es wird unter Angabe der **Werkabkürzung** des **Verlags C.H.BECK** zitiert.

Die geltende Werkabkürzung wird im **Zitierportal** des Verlags C.H.BECK aufgeführt:

<https://zitierportal.beck.de/> (dort unter: Literatur)

Die NVwZ verwendet die **Werkabkürzung 1**.

Der **Titel** wird nur beim **Erstzitat** genannt, es sei denn, er ist in der Werkabkürzung enthalten. **Auflage** und **Erscheinungsjahr** bzw. Stand der EL werden ebenfalls nur beim **Erstzitat** genannt und durch Kommata getrennt.

Der **Bearbeiter** wird immer an die Werkabkürzung angefügt (außer bei Festschriften):

Besteht die **Werkabkürzung** aus **Namen der Herausgeber/Autoren**, wird der Bearbeiter an die Namen angefügt:

Erstzitat: Stelkens/Bonk/Sachs/Bearbeiter, 9. Aufl. 2018, VwVfG § 72 Rn. 9
Folgezitat: Stelkens/Bonk/Sachs/Bearbeiter VwVfG § 72 Rn. 9

Besteht die **Werkabkürzung** aus einem **Sachtitel**, wird der Bearbeiter an den Titel angefügt:

Erstzitat: HK-VerwR/Bearbeiter, 5. Aufl. 2021, VwGO § 42 Rn. 1
Folgezitat: HK-VerwR/Bearbeiter VwGO § 42 Rn. 1

Besteht die **Werkabkürzung** aus einer **Kombination von Personennamen und Titel**, wird der Bearbeiter auch an den Titel angefügt:

Erstzitat: Kloepfer/Heger UmweltStrafR/Bearbeiter, 3. Aufl. 2014, Rn. 1

Folgezitat: Kloepfer/Heger UmweltStrafR/Bearbeiter Rn. 1

BeckOK werden unter Angabe der Edition und des Erscheinungsdatums veröffentlicht. Das Datum ergibt sich aus Beck-Online (dort: Zitiervorschlag). Der Bearbeiter wird an den Titel des BeckOK angefügt.

Erstzitat: BeckOK AuslR/Bearbeiter, 34. Ed. 1.7.2022, AufenthG § 25 Rn. 1

Folgezitat: BeckOK AuslR/Bearbeiter AufenthG § 25 Rn. 1

Bei **Monografien** entsprechend ohne Bearbeiter:

Erstzitat: Schneider, Datenschutz, 2. Aufl. 2019, S. 5

Folgezitat: Schneider, Datenschutz, S. 5

Für **Festschriften** gilt jeweils eine Werkabkürzung mit Jahreszahl, das Jahr wird immer wiederholt und der Bearbeiter wird vorangestellt:

Ruffert FS Jarass, 2015, 103 (109)

5. Zitierweise von Gesetzblättern und Drucksachen

<u>Bundesgesetzblatt (Teil I)</u>	
Bis einschließlich 31.12.2022	BGBl. 2022 I 2847 BGBl. 2022 I 2847 (2850)
Ab 1.1.2023 :	Grundsatz: Zitierweise mit Angabe der Nummer: BGBl. 2023 I Nr. 1 Zitierweise, wenn sich eine zitierte Fundstelle auf einer anderen Seite als der Seite 1 befindet: BGBl. 2023 I Nr. 1 S. 3

Sonstige:

HessGVBl. 2007 I 623 (625)

NRWGVBl. 2012, 441

BT-Drs. 15/4053, 13 (17)

BR-Drs. 850/04, 1 (3)

Amtsblatt der EU:

ABl. 1980 L 2, 4

ABl. 2007 C 306, 228

6. Mehrfachzitate

Die Abkürzung „aaO“ bzw. „ebd“ ist vor allem aus technischen Gründen zur Umsetzung der Online-Ausgabe nicht zu verwenden. Alle Zitate müssen vollständig wiederholt werden.

7. Autorennamen

Bei **verwechslungsfähigen Autorennamen** wird der Vorname abgekürzt angegeben, in allen anderen Fällen wird nur der Nachname aufgeführt.

S. Lorenz FS W. Lorenz, 2001, 193 ff.

XIII. Zweifelsfragen

Weitere Hinweise finden Sie in den **Redaktionsrichtlinien** des Verlages C.H.Beck im Internet unter: <https://zitierportal.beck.de/> (dort unter: Redaktionsrichtlinien).